

Die ehemalige DDR vertieft die politische Verwirrung in Deutschland

War die DDR-Gesellschaft eine angenehme Gesellschaft zum Leben?

Kapitel 1: Der überwältigende Sieg der AfD und der plötzliche Aufstieg der BSW

Analyse der Stimmenanteile nach Altersgruppen

Kapitel 2: Was verbindet den AfD-Triumph mit der ehemaligen DDR?

Zeitgeist

Die Anziehungskraft der AfD: Selbstwertgefühl und konservative Werte

Kapitel 3: Ist das Bild der DDR eine von Westdeutschland geschaffene "Illusion"?

Positive Aspekte des DDR-Systems: Abschaffung des Privateigentums, wirtschaftliche Gleichheit, hoher Status der Frauen

Kapitel 4: Entwicklungen nach der Wahl: Österreichische Wahlen, Koalitionsverhandlungen, Rücktritte

Historischer Exkurs: Hitlers deutsche Staatsbürgerschaft

Rücktritt des Parteivorsitzenden

Kapitel 1: Der überwältigende Sieg der AfD und der plötzliche Aufstieg der BSW

Die Landtagswahlen in den drei ostdeutschen Bundesländern, die trotz ihres regionalen Charakters die Aufmerksamkeit ganz Deutschlands auf sich zogen, endeten wie erwartet mit einem überwältigenden Sieg der rechtsextremen AfD (Alternative für Deutschland) und dem Durchbruch der neuen Partei BSW (Bündnis Sahra Wagenknecht - Für Vernunft und Gerechtigkeit). Die etablierten Hauptparteien CDU und SPD konnten ihre Mindestziele zwar erreichen, aber es waren hauchdünne Siege. Die Ampel-Koalitionsparteien Grüne und FDP erlitten deutliche Rückschläge.

Derzeit laufen schwierige Verhandlungen zur Bildung von Koalitionsregierungen.

Die vage Hoffnung, dass eine höhere Wahlbeteiligung zu mehr Unterstützung für die demokratischen Kräfte (die etablierten Parteien außer der AfD) führen würde, erfüllte sich nicht. In Thüringen zeigte die sehr hohe Wahlbeteiligung von 73,6% das große Interesse an der Landtagswahl. Auch in Sachsen war sie mit 74,4% ähnlich hoch. In Brandenburg lag sie ebenfalls über 70% bei 72,9%. In allen drei Bundesländern war das Interesse der Wähler groß, und die Wahlbeteiligung stieg im Vergleich zur vorherigen Wahl um mehr als 10 Prozentpunkte.

Wahlergebnisse der drei Bundesländer

Thüringen	CDU	SPD	Grüne	AfD	FDP	BSW	Linke	Andere
01.09.	23.6%	6.1	3.2	32.8		15.8	13.1	5.4
Sitze	23	6		32		15	12	
2019	+1.9	-2.1	-2	+9.4			-18.9	
Sachsen	CDU	SPD	Grüne	AfD	FDP	BSW	Linke	Andere
01.09.	31.9	7.3	5.1	30.6		11.8	4.5	8.7
Sitze	41	10	7	40		15	6	FW=1
2019	-0.2	-0.4	-3.5	+4.1			-5.9	
Brandenburg	CDU	SPD	Grüne	AfD	FDP	BSW	Linke	Andere
22.09.	12.1%	30.7%	4.2%	29.4%		13.4%	3.0%	
Sitze	12	32		30		14		
2019	-3.5	+4.5	-6.6	+5.9			-7.7	

Bei der am 1. September abgehaltenen Wahl in **Thüringen** erhielt die AfD 32% der Stimmen und wurde stärkste Partei. Die AfD in Thüringen wurde vom Bundesverfassungsschutz als rechtsextreme Partei eingestuft, und ihr Vorsitzender Björn Höcke gilt als gerichtlich bestätigter Faschist. Die AfD-Wähler schienen dies jedoch nicht zu beachten oder wählten die Partei möglicherweise sogar deswegen. Die CDU unter Mario Voigt, die auf den Ministerpräsidentenposten abzielte, erreichte mit 23,6% nicht den erhofften Zuwachs und landete auf dem zweiten Platz. Die SPD schaffte mit 6,1% knapp den Einzug ins Parlament. Grüne und FDP scheiterten an der 5%-Hürde und sind nicht mehr im Landtag vertreten. Die Linkspartei unter dem bisherigen Ministerpräsidenten Ramelow halbierte ihr Ergebnis auf 13,1%. Ein beträchtlicher Teil ihrer Wähler dürfte zur neu gegründeten BSW gewechselt sein, die auf Anhieb 15,8% der Stimmen erhielt.

Was die Regierungsbildung betrifft, kommen CDU, SPD und BSW zusammen nur auf 44 Sitze - gerade einmal die Hälfte der 88 Sitze im Landtag. Da die Bundes-CDU eine Koalition mit der Linkspartei ablehnt, bleibt Voigt von der CDU nur die Option einer Minderheitsregierung. In dieser Konstellation müsste er für jedes Gesetz entweder die

Zustimmung der Linkspartei oder der AfD einholen.

Bei der gleichzeitigen Wahl in **Sachsen** konnte Ministerpräsident Kretschmer von der CDU die Position als stärkste Partei verteidigen. Dies lag auch daran, dass er sich gegen die Ukraine-Politik der Ampel-Koalition und der Bundes-CDU stellte, die die Ukraine aktiv unterstützen, und eine eher russlandfreundliche Haltung einnahm.

Die Parteien der Bundesregierung erlitten deutliche Verluste.

Das BSW erreichte auf Anhieb ein zweistelliges Ergebnis und wurde drittstärkste Kraft.

In Sachsen reicht es für CDU, SPD und Grüne nicht für eine Mehrheit. Daher wird entweder die Linke oder das BSW für eine Regierungsbildung benötigt.

Da die Bundes-CDU eine Koalition mit der Linken ablehnt, bleibt letztlich nur die Option mit dem BSW. Die CDU unter Michael Kretschmer steht nun vor der Herausforderung, eine stabile Regierung zu bilden. Dabei rückt eine Zusammenarbeit mit dem BSW in den Fokus, da andere Konstellationen rechnerisch oder politisch nicht möglich sind.

Bei der Wahl am 22. September in **Brandenburg** konnte die SPD ihre Position als stärkste Partei knapp verteidigen, wurde aber von der AfD bis auf einen Vorsprung von weniger als einem Prozentpunkt bedrängt. Die Grünen scheiterten an der Fünf-Prozent-Hürde, und die FDP erhielt weniger als ein Prozent der Stimmen, wodurch beide Parteien aus dem Landtag ausscheiden. Die Linke, die noch vor einigen Jahren als ostdeutsche Partei eine bedeutende Rolle spielte, erreichte nur 3,0 Prozent und verpasste ebenfalls den Einzug ins Parlament. Das neu gegründete BSW hingegen erzielte trotz nur weniger Monate Vorbereitungszeit 13,4 Prozent und überholte damit die CDU mit 12,1 Prozent, wodurch es zur drittstärksten Kraft wurde.

Der amtierende Ministerpräsident Woidke ging das Risiko ein, seinen Rücktritt anzukündigen, falls die SPD nicht stärkste Kraft würde. Dieses Wagnis hat sich gerade noch ausgezahlt. Für die Regierungsbildung steht er nun vor der schwierigen Wahl: Eine Koalition nur mit der CDU würde lediglich 44 Sitze erreichen, genauso viele wie die Opposition. Er muss sich also zwischen einer Minderheitsregierung oder einer Koalition unter Einbeziehung des BSW entscheiden.

Die Wahlergebnisse: Ein Schock für viele Deutsche

Für viele Deutsche waren die Wahlergebnisse in diesen drei Bundesländern ein Schock. Es gab eine nationale Front-ähnliche Bewegung gegen die AfD, bei der die demokratischen Kräfte ihre Kräfte bündelten. Kurz vor der Wahl schaltete der Unternehmensverband Thüringen eine Anzeige mit dem Slogan "Das Land braucht Vielfalt" (Internationale Unternehmen benötigen qualifizierte ausländische Arbeitskräfte. Wenn die AfD an Stärke

gewinnt, wird es schwieriger, diese ausländischen Arbeitskräfte zu rekrutieren). Als Reaktion darauf äußerte sich der Parteivorsitzende Höcke mit den Worten "Diese Unternehmen werden in Zukunft von einem Sturm heimgesucht werden", was als Drohung interpretiert werden konnte. Dies ließ den Eindruck eines Kampfes zwischen der AfD und der Wirtschaft entstehen. Entgegen der Hoffnung, dass einige Bürger ihre Stimme für die AfD zurückhalten würden, ging diese völlig fehl. Stattdessen stieg der Stimmenanteil der AfD sogar um fast 10 Prozentpunkte.

Es gibt Zahlen, die den überwältigenden Sieg der AfD verdeutlichen. In Thüringen gibt es 44 Wahlkreise, in denen Kandidaten direkt gewählt werden. In 28 dieser Wahlkreise gewannen AfD-Kandidaten. Die CDU gewann 12 Wahlkreise und die neue linke Partei BSW 4. Das bedeutet, dass die Karte überwiegend blau gefärbt ist (in Deutschland werden Parteien farblich gekennzeichnet, wobei die AfD blau ist). Der einzige Trost ist, dass der AfD-Vorsitzende Höcke in seinem eigenen Wahlkreis nicht direkt gewählt wurde und sich auf die Parteiliste verlassen musste.

In den Landtagen von Thüringen und Brandenburg hat die AfD das Recht auf eine "Sperrminorität" (ein Drittel der Gesamtsitze) erlangt und kann damit Angelegenheiten blockieren, die eine Zweidrittelmehrheit erfordern. Dazu gehören Änderungen der Landesverfassung, die Wahl des Landtagspräsidenten und die Ernennung von Richtern für das Landesverfassungsgericht.

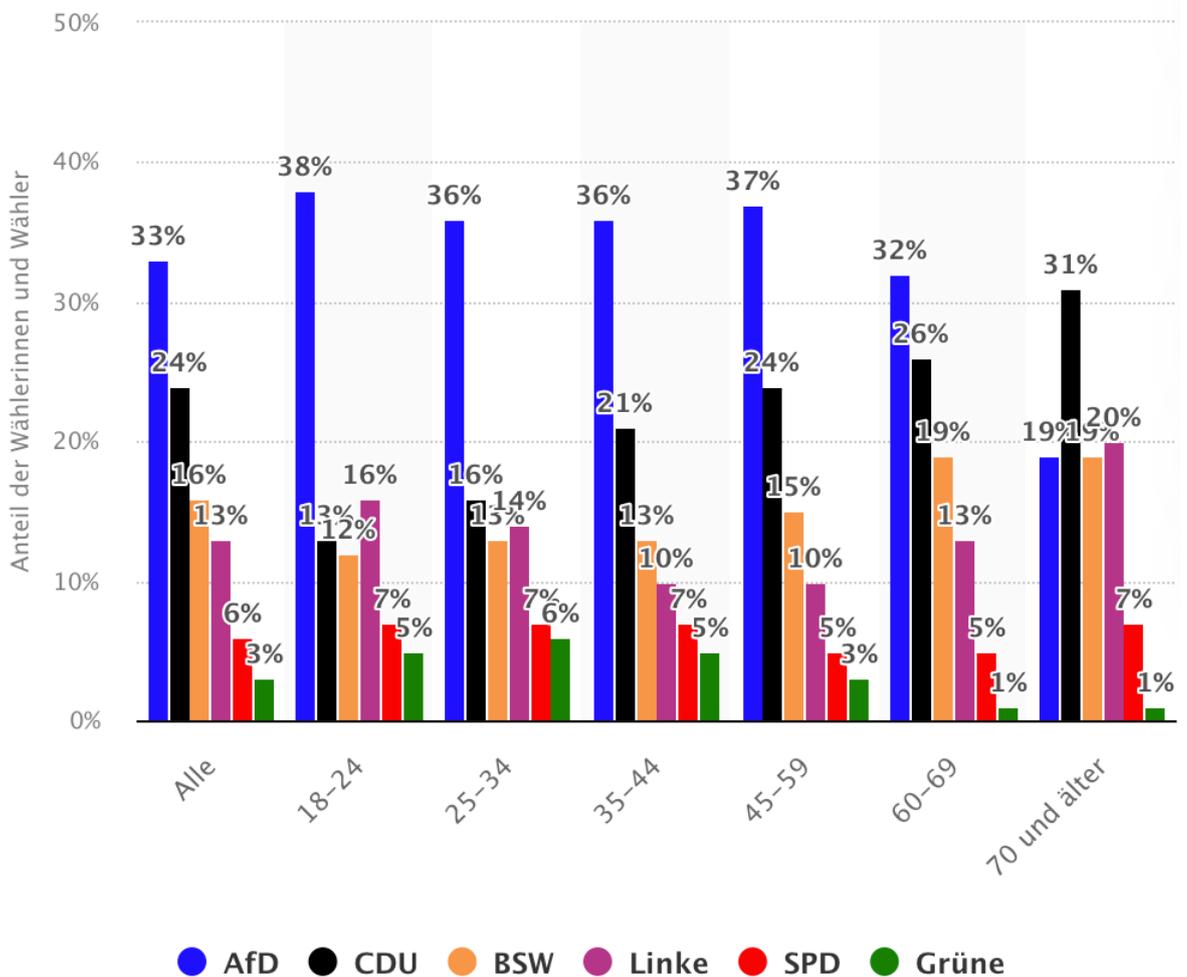
Bei dieser Wahl gab es drei Hauptstreitpunkte:

1. Die Flüchtlingsfrage
2. Waffenlieferungen an die Ukraine
3. Freundschaftliche Beziehungen zu Russland

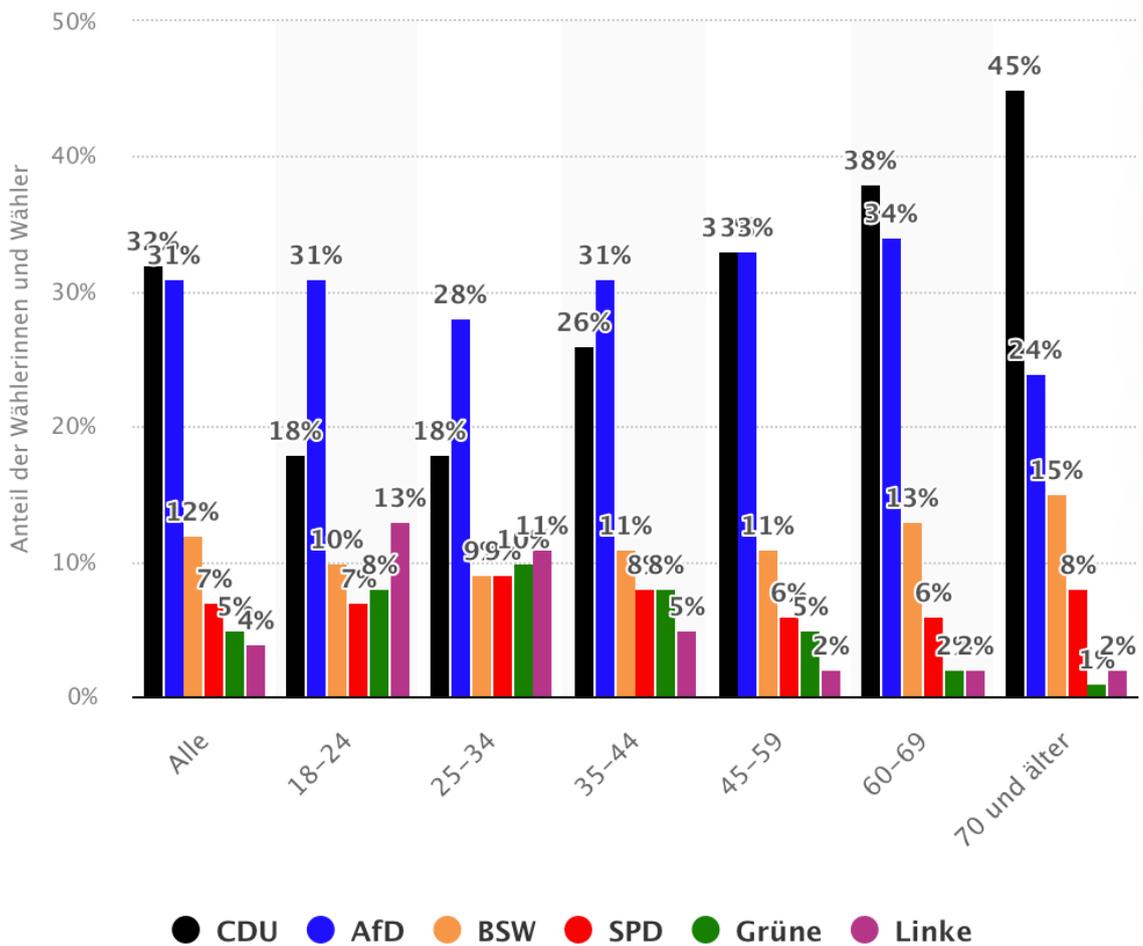
Diese Themen fallen eigentlich in den Zuständigkeitsbereich der Bundesregierung. Das gleiche Phänomen war bereits in den letzten Jahren bei Kommunalwahlen zu beobachten. Das bedeutet, dass nicht lokale Angelegenheiten, sondern Bundesangelegenheiten zu den Hauptwahlkampfthemen geworden sind.

Stimmenanteile nach Altersgruppen

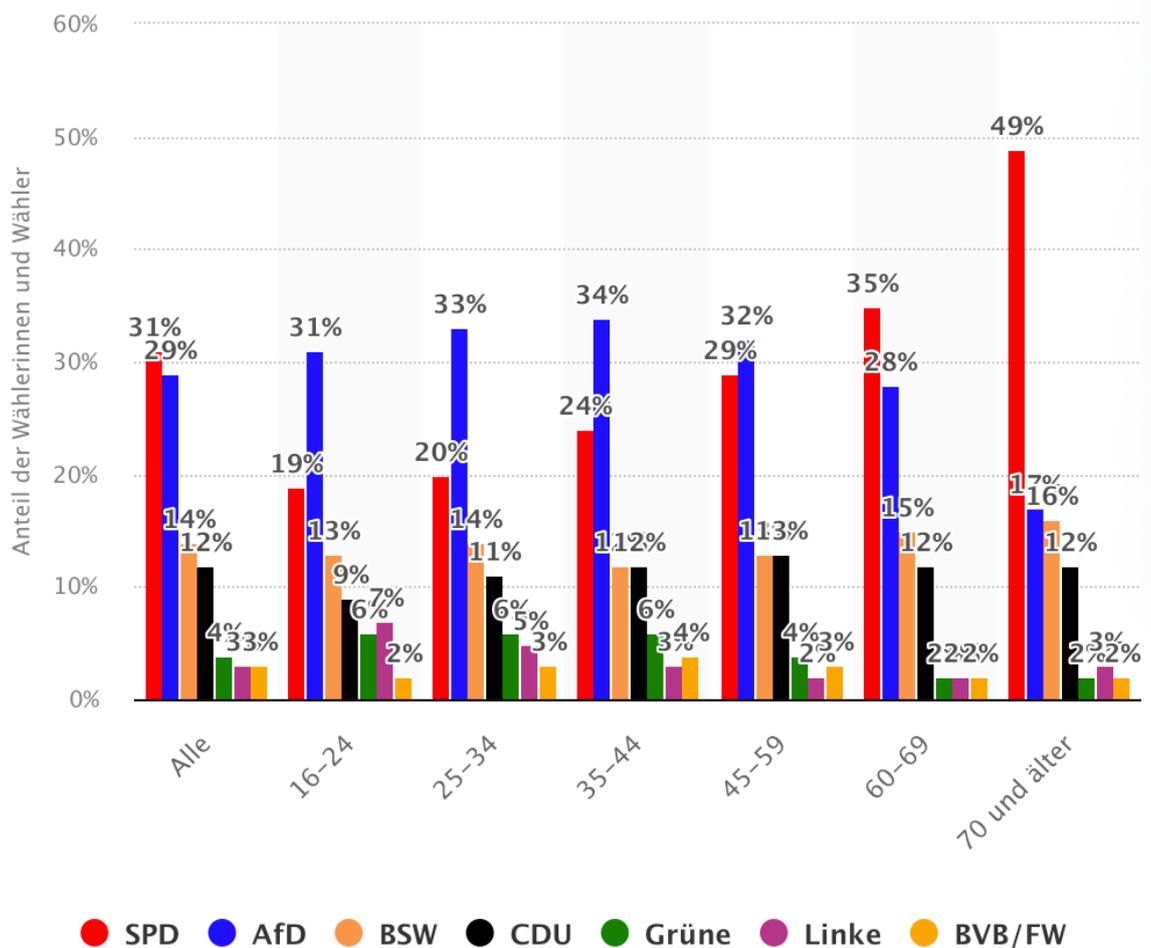
Bei Betrachtung der Stimmenanteile nach Altersgruppen wird eine detailliertere Analyse möglich. Die Daten stammen von **Statista**, einer Plattform, die einen Großteil der deutschen Statistiken umfassend abdeckt und veröffentlicht. Schauen wir uns zunächst Thüringen an. Die Aufschlüsselung der Wahlergebnisse nach Altersgruppen offenbart interessante Muster im Wahlverhalten der verschiedenen Generationen.



In **Thüringen** dominiert die blaue Farbe (AfD) als stärkste Partei durchgängig in den Altersgruppen von 18 bis 69 Jahren. Erst bei den über 70-Jährigen wird die schwarze Farbe (CDU) zur stärksten Kraft. Auffällig ist, dass bei den über 70-Jährigen die Linkspartei (rosa) den zweiten Platz belegt. Besonders schockierend ist, dass die Generation der 18- bis 24-Jährigen, die nach der Wiedervereinigung 1990 geboren wurde und die ehemalige DDR-Gesellschaft gar nicht erlebt hat, zu 38 Prozent für die AfD gestimmt hat. Bei den 25- bis 44-Jährigen waren es 36 Prozent und bei den 45- bis 59-Jährigen sogar 38 Prozent. Das neue Bündnis Sahra Wagenknecht (BSW) erhält in allen Altersgruppen relativ gleichmäßig Stimmen, mit einer leicht steigenden Tendenz in den höheren Altersgruppen. Dies zeigt ein völlig anderes Muster als bei der AfD. Angesichts des überwältigenden Sieges der AfD läuft einem allerdings ein kalter Schauer über den Rücken.



Auch in **Sachsen** hat, ähnlich wie in Thüringen, die Generation, die bei der Wiedervereinigung noch nicht geboren war oder die DDR-Gesellschaft nicht bewusst erlebt hat (Altersgruppe 18 bis 44 Jahre), die AfD zur stärksten Partei gewählt. Die CDU zieht erst in der Altersgruppe 45 bis 59 Jahre mit der AfD gleich und wird erst bei den über 60-Jährigen zur stärksten Partei. Das BSW zeigt ähnliche Tendenzen wie in Thüringen. Auffällig ist, dass die Linke in der Altersgruppe 18 bis 34 Jahre zweistellige Ergebnisse erzielt und dort drittstärkste Kraft wird. Angesichts der Tatsache, dass die AfD in allen Altersgruppen etwa 30% der Stimmen erhält, kann man es als fast schon wundersam bezeichnen, dass die CDU mit nur einem Prozentpunkt Vorsprung stärkste Kraft werden konnte.



Auch in **Brandenburg** ist die AfD bei den 16-Jährigen (in diesem Bundesland darf man ab 16 wählen) bis 44-Jährigen mit Abstand die stärkste Partei. Die SPD erhält bei den jüngeren Wählern etwa 20 Prozent der Stimmen und gewinnt dann allmählich an Zustimmung, bis sie bei den über 60-Jährigen zur stärksten Partei wird. Auffällig ist, dass die SPD bei den über 70-Jährigen mit 49 Prozent überragend stark ist und dreimal so viele Stimmen erhält wie die AfD. Man könnte sagen, dass die Rentner die SPD gerettet haben.

Mit Blick auf dieses Ergebnis spottete AfD-Vorsitzende Weidel: "Die AfD ist die Partei der Zukunft. Die etablierten Parteien sind die Parteien der Rentner."

Altersgruppen-spezifische Wahlergebnisse und Analyse

Bei Betrachtung der altersspezifischen Wahlergebnisse in den drei ostdeutschen Bundesländern zeigt sich ein nahezu identisches Muster. Man kann drei Altersgruppen unterscheiden:

1. In der Altersgruppe von 16 bzw. 18 Jahren bis in die 50er Jahre ist die AfD durchweg die stärkste Partei. Das bedeutet, dass die AfD unter denjenigen, die bis etwa 40 Jahre alt sind (zum Zeitpunkt der Wiedervereinigung etwa 5 Jahre alt) und somit die ehemalige DDR-Gesellschaft nicht aktiv erlebt haben und nur die vereinte deutsche Gesellschaft kennen, überwältigend stark ist.

2. Die Gruppe der 40- bis 60-Jährigen, die zwischen den ersten und dritten Altersgruppen liegt, kennt die DDR-Gesellschaft kaum, erlebte die kurze Phase der Befreiung nach der Wiedervereinigung, musste aber auch die anschließenden schwierigen Zeiten durchstehen. Diese Generation unterstützt die AfD und die etablierten Hauptparteien in etwa gleichem Maße.

3. Die Generation der über 60-Jährigen wählt überwiegend die Hauptparteien CDU oder SPD. Diese Generation hat die DDR-Gesellschaft als Erwachsene (zum Zeitpunkt der Wiedervereinigung bereits über 25 Jahre alt) ausreichend erlebt, den Mauerfall als Befreiung begrüßt und den schwierigen Weg nach der Wiedervereinigung beschritten. Sie hat also sowohl die DDR-Gesellschaft als auch die Zeit nach der Wiedervereinigung intensiv erlebt.

Zum Vergleich betrachten wir die Ergebnisse der Landtagswahlen in Hessen und der Wahl zum Berliner Abgeordnetenhaus aus dem letzten Jahr:

In Hessen steigt der Stimmenanteil der AfD von 18% bei den 18- bis 24-Jährigen langsam an, erreicht seinen Höhepunkt mit 24% bei den 35- bis 44-Jährigen und fällt bei den über 70-Jährigen auf 9% ab.

In Berlin steigt der AfD-Stimmenanteil von 7% bei den 18- bis 24-Jährigen langsam an, erreicht seinen Höhepunkt mit 12% bei den 60- bis 69-Jährigen und fällt bei den über 70-Jährigen auf 7% ab.

In diesen beiden Bundesländern ist das in den drei ostdeutschen Ländern beobachtete Muster eines hohen AfD-Stimmenanteils in der Altersgruppe von 16 bzw. 18 bis etwa 44 Jahren nicht zu erkennen.

Kapitel 2: Was verbindet die ehemalige DDR mit dem überwältigenden Sieg der AfD?

Es gibt mehrere Hypothesen, die versuchen, die extrem hohe Unterstützung für die AfD in der ehemaligen DDR zu erklären. Diese lassen sich zeitlich in drei Perioden einteilen:

1. Die Zeit vor der Wiedervereinigung 1990
2. Die Zeit von Freude zur Enttäuschung nach der Wiedervereinigung
3. Die Zeit seit der Corona-Krise, dem Antritt der Ampel-Koalition und dem Einmarsch in die Ukraine der Russen

Lasst uns diese Hypothesen im Lichte der altersspezifischen Wahlergebnisse betrachten.

****Hypothesen aus der ersten Periode:****

- Mangelnde demokratische Bildung: Ostdeutsche hätten die demokratischen Spielregeln nicht verinnerlicht.
- Distanz zum System aufgrund der Überwachungsgesellschaftserfahrungen
- Nähe zu Russland durch 45 Jahre sowjetischen Einfluss

****Hypothesen, die erste und zweite Periode umfassen:****

- Trauma-Theorie: Traumata aus der SED-Diktatur und Stasi-Überwachung, sowie Enttäuschung und Wertverlust nach der Wiedervereinigung

****Hypothesen aus der zweiten Periode:****

- Frustrations-Theorie: Unerfüllte Erwartungen nach der Wiedervereinigung, Behandlung als "Bürger zweiter Klasse"

****Hypothesen aus der dritten Periode:****

- Politikverdrossenheit aufgrund der Ampel-Regierung
- Zukunftsängste wegen wirtschaftlicher Stagnation und drohender Deindustrialisierung
- Zeitgeist-Theorie: Aufstieg des "Deutschland zuerst"-Populismus

Die Wahlergebnisse in den drei Bundesländern (Thüringen, Sachsen, Brandenburg) repräsentieren etwa 70% der ehemaligen DDR-Bevölkerung (ohne Berlin).

Die Trauma-Theorie lässt sich nicht bestätigen, da die ältere Generation (50+), die am stärksten betroffen sein müsste, weniger AfD wählt und stattdessen CDU und SPD unterstützt.

Die These der mangelnden demokratischen Bildung trifft ebenfalls nicht zu, da die über 60-Jährigen eher etablierte westdeutsche Parteien wählen.

Die Frustrations-Theorie passt nicht zu den Wahlmustern der mittleren und älteren Generationen, die nicht überwiegend AfD wählen.

Zeitgeist

Diese Theorie könnte effektiv erklären, warum der Populismus in allen Schichten der ostdeutschen Bevölkerung Unterstützung findet.

Deutschland profitierte lange Zeit von der stabilen Versorgung mit billigen fossilen Brennstoffen aus Russland, was zu wirtschaftlichem Wohlstand und einer wohlhabenden Gesellschaft führte. Dies trug auch dazu bei, dass die Bewegung gegen den Klimawandel große Fortschritte machte. Für die Grünen war dies ein starker Rückenwind, und 2021 stieg ihre Unterstützung auf 26%, wodurch sie zeitweise zur stärksten Partei wurden. Besonders unter jungen Menschen war ihre Unterstützung überwältigend.

Vor vier Jahren begannen jedoch Schatten über der deutschen Gesellschaft aufzuziehen. Zunächst dauerte die Corona-Pandemie zwei Jahre an. Als sich das Land davon erholte, begann Putin den Invasionskrieg in der Ukraine, wodurch die fossilen Brennstoffe aus Russland, die Deutschlands wirtschaftlichen Wohlstand gestützt hatten, gestoppt wurden. Seitdem leiden die Bürger unter der durch hohe Energiepreise verursachten Inflation, und die deutsche Wirtschaft ist in eine Phase niedrigen Wachstums eingetreten. Die Ungeschicklichkeit und Unpopularität der Ampelkoalition kommen hinzu, und die Unterstützung für die Regierungsparteien ist stark rückläufig.

Diese drastischen Veränderungen in Deutschlands Gesamtsituation, die wirtschaftliche Stagnation und die Zukunftsängste, die die Gesellschaft überziehen, zeigen, dass sich der Zeitgeist grundlegend gewandelt hat. Es wird erwartet, dass dieser Trend vorerst anhalten wird. Wenn die Flüchtlingsfrage einigermaßen gelöst wird, der Ukraine-Krieg endet und sich die Wirtschaft etwas erholt, könnte sich ein neuer Zeitgeist entwickeln. Ohne dies könnte der AfD-Populismus auch in Westdeutschland an Boden gewinnen. Bei der Bundestagswahl vor vier Jahren erhielt die AfD in Hessen 16% der Stimmen. Bei der Landtagswahl im letzten Jahr wurde sie mit 18,4% zweitstärkste Kraft. Die Zustimmung wächst langsam aber stetig.

Betrachtet man die Wahlmuster nach Generationen, scheint es, dass zusätzlich zum Zeitgeist, der unter den ostdeutschen Bürgern zu Populismus führt - geprägt von Gefühlen der Zurücklassenheit, Frustration und vagen Zukunftsängsten - auch die Ablehnung der AfD durch das Establishment mit der eigenen Abneigung gegen das System zusammenfällt. Es ist

wichtig zu beachten, dass die AfD, wie im vorherigen Artikel erwähnt, soziale Medien geschickt nutzt, um junge Menschen anzusprechen.

Die Anziehungskraft der AfD: Selbstwertgefühl und konservative Werte

Der Autor vermutet, dass die Affinität der jüngeren und mittleren Generationen der ehemaligen DDR-Bürger zur AfD daher rührt, dass die Partei ihnen in vielerlei Hinsicht ein Gefühl von Selbstwert und Selbstachtung vermittelt. Es ist bekannt, dass die AfD im Vergleich zu anderen Parteien sehr aktiv in der lokalen Gemeindearbeit ist. Die Anwohner haben endlich eine Partei gefunden, die ihren Sorgen und Enttäuschungen Gehör schenkt. Zudem sprechen die konservativen Werte der AfD und ihre männlich-zentrierte Weltanschauung viele - vor allem männliche - Wähler an.

Diese These wurde bei der Wahlsiegfeier der AfD bestätigt. Junge Parteimitglieder, berauscht vom Sieg, änderten den Text eines Hits und sangen: "Wir schieben sie alle ab, alle ab", womit sie die Abschiebung von Flüchtlingen und Migranten forderten. Weiterhin sangen sie: "Im Osten heißt Familie Mutter, Vater, Kind. Dem Westen ist das scheißegal, weil die so offen sind. Im Westen spielt der Ali mit den Bullen Katz und Maus. Im Osten hat man Kühe und einen Hühnerstall, im Westen LGBTQ und einen Knall."

Auf diese Weise idealisierten sie die konservativen Werte der ehemaligen DDR und machten sich über die multikulturelle Gesellschaft des (West-)Deutschlands lustig, die LGBTQ-Rechte aktiv anerkennt.

Kapitel 3: Ist das Bild der DDR eine von Westdeutschland geschaffene "Illusion"?

In Westdeutschland werden Ostdeutsche oft abwertend als "Ossis" bezeichnet. Nicht selten wird dabei eine geringschätzige Sichtweise eingenommen. Westdeutsche betrachten den Osten oft durch die Brille stereotyper Vorurteile und blicken dabei häufig auf die ehemalige DDR-Gesellschaft herab.

Zu diesem Thema hat der in München lebende und über Deutschland berichtende Toru Kumagai im März dieses Jahres ausführlich über den Bestseller "Die von Westdeutschland erfundene DDR" (von Oschmann) berichtet. Ich erlaube mir, daraus zu zitieren. Oschmann wurde in der DDR geboren und aufgewachsen und ist heute Professor an der Universität Leipzig.

"Oschmann kritisiert: 'Was wir ehemaligen DDR-Bürger seit der Wiedervereinigung erlebt haben, waren 30 Jahre persönlicher und kollektiver Demütigung und Erniedrigung durch die ehemaligen Westdeutschen. Die deutschen Medien werden vollständig von ehemaligen Westdeutschen dominiert und berichten über die ehemalige DDR entweder nur Schlechtes oder machen sich über uns lustig. Die ehemaligen DDR-Bürger werden nicht nur unterschätzt, sondern sind vollständig aus der deutschen Gesellschaft ausgeschlossen. Die ehemalige DDR wird wie ein bösartiger Tumor als abnormaler und hässlicher Teil des Bösen in Deutschland gebrandmarkt.'" (Toru Kumagai, "Der tiefe Zorn der ehemaligen DDR-Bürger über die 'Diskriminierung durch den Westen' als Hintergrund für den Aufstieg der rechtsextremen Partei", Shinchosha: Foresight, 28. März 2024)

Ich kann Oschmanns Empörung nachvollziehen, aber seiner Darstellung der DDR-Zeit kann ich nicht zustimmen. Oschmann versucht, die AfD-Unterstützung ehemaliger DDR-Bürger mit einem in der sozialistischen Zeit erworbenen Abwehrinstinkt zu erklären, wie „In der sozialistischen DDR hätten die Bürger gelernt, das staatliche Herrschaftssystem als Feind zu betrachten und auf Distanz zu leben.“

Kumagai selbst vertritt eine ähnliche Sichtweise:

"Sie (die ehemaligen DDR-Bürger) wurden in der sozialistischen DDR in ihrem täglichen Verhalten und Handeln ständig von der Geheimpolizei überwacht. Regierungskritische Äußerungen und Handlungen wurden durch Spitzel des Ministeriums für Staatssicherheit (Stasi) an die Regierung gemeldet und sofort sanktioniert. Aufgrund dieser Erfahrungen reagieren ehemalige DDR-Bürger empfindlicher auf staatliche Eingriffe in ihr Leben als ehemalige Westdeutsche." (Toru Kumagai, Nikkei Business, 5. September)

Betrachtet man jedoch die altersspezifische Unterstützung für die AfD bei den jüngsten Wahlen, zeigt sich, dass gerade junge Menschen, die diese Überwachungsgesellschaft überhaupt nicht erlebt haben, die AfD stark unterstützen. Im Gegensatz dazu wählen Bürger über 60, die diese Überwachungsgesellschaft erlebt haben sollten, häufiger die etablierten Parteien wie CDU und SPD, die lange Zeit an der Macht waren.

Meiner Ansicht nach haben die damaligen DDR-Bürger, ähnlich wie die westdeutschen Bürger, in ihrem Alltag Freude, Ärger, Trauer und Vergnügen empfunden und ihr tägliches Leben gelebt. Als ich einen aus der DDR stammenden Freund, der zur Zeit des Mauerbaus geboren wurde, befragte, antwortete er: "Im Alltag war ich mir der Überwachungsgesellschaft nicht bewusst. Nur wenn es um Systemkritik ging, wurde ich mir dessen bewusst." Ich denke, die Vorstellung, dass "das tägliche Verhalten und Handeln

ständig von der Geheimpolizei überwacht wurde", ist ein von Westdeutschen geschaffenes Trugbild.

Die Erfahrungen des Autors mit Ostdeutschen und Osteuropäern

Ich möchte meine begrenzten Erfahrungen mit Ostdeutschen schildern. Dabei muss ich betonen, dass es sich nicht um gewöhnliche ostdeutsche Bürger handelte, weshalb eine Verallgemeinerung nicht möglich ist.

Seit 1971 lebte ich in Westberlin und besuchte in den 70er Jahren mehrmals mit SDS-Freunden (Sozialistischer Deutscher Studentenbund) ostdeutsche Bekannte. Herr R., ein leidenschaftlicher Kommunist und ehemaliger Freiwilliger im Spanischen Bürgerkrieg, war Chefredakteur einer Wochenzeitschrift, wurde aber entlassen, weil er sich weigerte, parteilich gefärbte Artikel zu schreiben. In seinem Haus im Pankower Viertel, wo DDR-Funktionäre lebten, konnten wir frei über Politik diskutieren. Die Grenzkontrollen bei der Rückreise waren problemlos.

In den 80er Jahren freundete ich mich mit zwei spanischsprachigen Dolmetscherinnen in Ostberlin an. Eine von ihnen dolmetschte auch für Honecker. Die andere hatte eine enge Beziehung zu Raúl Castro, Fidels Bruder. Sie erzählte uns, dass sein Bodyguard im Schlafzimmer anwesend sei (ein Staatsgeheimnis?) In unseren Gesprächen war die Stasi kein Thema.

Im Sommer 1988 half ich bei den Dreharbeiten zu Masahiro Shinodas Film "Die Tänzerin" in Berlin. Hauptsächlich wurde in den DEFA-Studios gedreht. Die Crew verriet mir vertraulich, dass ihr Teamleiter ein Stasi-Informant sei. Am Set herrschte dennoch eine sehr freundliche Atmosphäre.

Zwischen 1984 und 1994 organisierte ich viermal internationale Ketten-Dichtungstreffen in Deutschland. Von den acht teilnehmenden deutschsprachigen Dichtern stammten vier aus der DDR oder Osteuropa. Ihre Erfahrungen waren sehr unterschiedlich:

- P., ein osteuropäischer Dichter, stellte sich nach seinem Tod als Informant des rumänischen Geheimdienstes heraus.

- G.E., damals 36, war nach Kritik an der DDR in die USA ausgewandert und litt unter extremem Misstrauen, nachdem sie erfuhr, dass ihr vertrauter Anwalt ein Informant war.

- E.E., 53 bei der Wiedervereinigung, war tief enttäuscht vom vereinten Deutschland und der Verlust der positiven Aspekte der DDR-Gesellschaft.

- G., 27 bei der Wiedervereinigung, erlebte die neue Welt als poetische Inspiration und entwickelte sich zu einem herausragenden Dichter.

Diese Erfahrungen zeigen, wie vielfältig die Lebensläufe und Traumata von Menschen aus der DDR und Osteuropa sein können. Bei G. war keinerlei "östliche" Prägung zu spüren.

War das "Ostdeutschland-Bild" eine von Westdeutschland geschaffene Illusion?

Es ist fraglich, ob das stereotype Bild der "ehemaligen DDR-Bürger", das viele Westdeutsche haben, tatsächlich der Realität entspricht. Die Vorstellung, dass die Bürger das "staatliche Herrschaftssystem als Feind" betrachteten, scheint übertrieben. Es ist wahrscheinlicher, dass die meisten Ostdeutschen die DDR als "ihr Land" ansahen, besonders in den 1980er Jahren. Die Wahrheit liegt vermutlich zwischen diesen Extremen.

Bis 1989 glaubte niemand, auch nicht westdeutsche Politiker, an einen plötzlichen Zusammenbruch der DDR. Die meisten gingen von einem dauerhaften Fortbestehen aus. Es ist anzunehmen, dass sich die DDR-Bürger an ihre Umgebung angepasst und sich mit ihr arrangiert hatten. Möglicherweise spielte auch eine Art Stockholm-Syndrom eine Rolle.

Positive Aspekte des DDR-Systems:

1. Abschaffung des Privateigentums
2. Gefühl wirtschaftlicher Gleichheit
3. Hoher Status der Frauen

Die DDR-Gesellschaft war in vielerlei Hinsicht egalitär:

- Geringere Einkommensunterschiede
- Kein Privateigentum an Immobilien oder Unternehmen
- Garantierte Beschäftigung
- Gleiche Bildungschancen, unabhängig vom Hintergrund der Eltern
- Hohe Frauenerwerbsquote (über 90% in den 1980er Jahren)

Obwohl Luxus selten war, waren Grundbedürfnisse gedeckt und die Zufriedenheit war hoch, da alle ähnlich lebten. Kritisch war der Vergleich mit dem Wohlstand in Westdeutschland.

Trotz eingeschränkter Freiheiten bot die DDR vielen ein zufriedenstellendes Alltagsleben. Im Vergleich zur wachsenden Ungleichheit in heutigen kapitalistischen Gesellschaften mag die DDR für manche wie ein Paradies erscheinen.

Ich möchte sagen, dass in einer Demokratie nicht nur Rechtsgleichheit, sondern auch eine gewisse wirtschaftliche Gleichheit herrschen sollte. Die verfassungsmäßige Garantie des Privateigentums in kapitalistischen Gesellschaften ist deshalb problematisch.

Der Zusammenbruch des sozialistischen Systems wird bedauert, da es als verpasste Chance für eine Gesellschaft ohne Privateigentum und ohne wirtschaftlichen Wachstumszwang gesehen wird. Ich sehe die Jahre 1989/90 als verpasste Gelegenheit, ein freieres sozialistisches System zu etablieren, räume aber ein, dass das westliche kapitalistische System ein solches Experiment wahrscheinlich nicht zugelassen hätte.

Kapitel 4: Entwicklungen nach der Wahl: Österreichische Wahlen, Koalitionsverhandlungen, Rücktritte

Parlamentswahl in Österreich: Rechtsextreme FPÖ wird stärkste Partei**

Am 29. September fand in Österreich, dem Nachbarland Deutschlands, eine Parlamentswahl statt, bei der die rechtsextreme FPÖ (Freiheitliche Partei Österreichs) mit 30% der Stimmen stärkste Partei wurde. FPÖ-Chef Kickl verwendet häufig Nazi-Begriffe, die in Deutschland verboten wären, und trotz Skandalen der Partei wuchs ihre Unterstützung. Vor der Wahl versprach er, "Österreich zur Festung zu machen, keine Flüchtlinge mehr aufzunehmen und alle derzeit anwesenden Flüchtlinge zurückzuschicken". Er bezeichnet sich selbst als "Volkskanzler" (wie Hitler genannt wurde), aber es ist fraglich, ob der Präsident ihm den Auftrag zur Regierungsbildung erteilen wird. Seine Nähe zu Putin ähnelt der AfD.

Österreich hat keine Geschichte wie die DDR, und dennoch wurde eine rechtsextreme Partei stärkste Kraft. Dies deutet darauf hin, dass der extreme nationalistische Populismus, der sich weltweit ausbreitet, tatsächlich als Zeitgeist betrachtet werden könnte.

Koalitionsverhandlungen**

In den drei ostdeutschen Bundesländern laufen derzeit Koalitionsverhandlungen zur Regierungsbildung, wobei das BSW eine entscheidende Rolle spielt. Problematisch ist, dass SW vom BSW als nicht verhandelbare Bedingung für eine Koalition fordert, dass "Deutschland die Waffenlieferungen an die Ukraine einschränken und sich stärker auf die Diplomatie konzentrieren sollte" - eine Wiederholung früherer Forderungen von SW.

Es ist ungewöhnlich, dass bei Koalitionsverhandlungen auf Landesebene der Umgang mit internationalen Konflikten als Bedingung gestellt wird. Landesregierungen haben keinen Einfluss auf außenpolitische Verhandlungen, und sowohl CDU als auch SPD unterstützen aktiv Waffenlieferungen an die Ukraine. Es ist unwahrscheinlich, dass sie diesem Druck des BSW nachgeben werden.

In Thüringen fand drei Wochen nach der Wahl die erste Parlamentssitzung statt. Traditionell leitet das älteste Mitglied des Parlaments zunächst die Sitzung. So übernahm Jürgen Treutler von der AfD den Vorsitz, missbrauchte aber seine Position, indem er Redebeiträge anderer Parteien unterband und sogar Mikrofone abschaltete. Die CDU reichte umgehend eine Eilklage beim Landesverfassungsgericht ein, das am nächsten Tag den Verfassungsbruch feststellte.

Da die AfD nun über eine Sperrminorität (ein Drittel der Abgeordneten) verfügt, wird erwartet, dass sie diese Rechte missbrauchen könnte, um die Parlamentsarbeit zu stören. Solche Aktionen erinnern an die bittere Geschichte vor einem Jahrhundert. Dies hat die Debatte über ein Verbot der AfD als Partei neu entfacht, obwohl ein Parteiverbot ein äußerst schwieriges rechtliches Verfahren vor dem Verfassungsgericht wäre und daher unwahrscheinlich ist.

Historischer Exkurs: Thüringen, Hitler und die deutsche Staatsbürgerschaft

Thüringen ist für Deutschland ein Bundesland mit bitteren Erinnerungen. Vor 96 Jahren, 1930, war es das erste Bundesland, in dem die NSDAP (Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei) an die Regierung kam. Es war somit Vorreiter der Nazifizierung der politischen Bühne ab 1933.

1930 wurde Wilhelm Frick, ein enger Verbündeter Hitlers, als erster NSDAP-Minister zum Innen- und Volksbildungsminister der thüringischen Regierung ernannt. Frick entließ kommunistische und SPD-nahe Mitarbeiter aus dem Innenministerium und Bildungseinrichtungen. Er wies auch die Schulen an, eine germanisch-völkische Geschichtsauffassung zu lehren.

Wie sich später herausstellte, versuchte Frick Anfang 1932, Hitler zum Polizeipräsidenten von Hildburghausen zu ernennen und ihm so die deutsche Staatsbürgerschaft zu verschaffen. Hitler stimmte dem letztendlich nicht zu. Stattdessen wurde er im selben Jahr durch die Machenschaften des NSDAP-Innenministers Dietrich Klagges in Braunschweig zum Regierungsrat ernannt und erhielt so die Staatsbürgerschaft. Dies ermöglichte Hitlers weitere politische Karriere. Ohne die deutsche Staatsbürgerschaft

wäre es für Hitler schwierig gewesen, deutscher Reichskanzler zu werden. Die Geschichte hätte möglicherweise einen anderen Verlauf genommen.

Hitler wurde in Linz, Österreich-Ungarn, geboren. Er mochte die österreichische Staatsbürgerschaft nicht und beantragte 1915 deren Aufgabe, wodurch er staatenlos wurde. Als NSDAP-Vorsitzender ohne offizielle deutsche Staatsbürgerschaft war dies auch unter seinen Anhängern ein Problem. Er selbst behauptete damals, durch seinen freiwilligen Dienst in der kaiserlichen Armee 1914 und fünf Jahre Kriegsdienst, bei dem er sogar verwundet wurde, ausreichend deutscher Staatsbürger zu sein. Für offizielle Ämter in der Weimarer Republik, wie das des Reichspräsidenten oder Reichskanzlers, gab es jedoch rechtliche Probleme. Daher schmiedeten Goebbels und andere Pläne. Wie erwähnt, wurde Hitler durch den NSDAP-Innenminister Klagges in Braunschweig offiziell zum Deutschen. Danach konnte Hitler ungehindert für das Amt des Reichspräsidenten kandidieren. Bei dieser Wahl bildeten SPD und demokratische Kräfte die Weimarer Koalition gegen Hitler und riefen zur Wahl Hindenburgs auf. Hindenburg erhielt 53,1% der Stimmen, Hitler 36,8%, und ersterer wurde Reichspräsident. Doch 1933 wurde Hitler offiziell zum Reichskanzler ernannt und beging als Führer des Dritten Reiches das größte Verbrechen der Menschheitsgeschichte.

Hitler verabscheute die Multikulturalität des Österreich-Ungarischen Reiches, in dem er aufgewachsen war, und versuchte später, ein Drittes Reich zu schaffen, das ausschließlich aus "rassisch reinen" Deutschen bestehen sollte. Er sah die jüdische "Rasse" als größtes Hindernis für dieses Ziel und strebte deren Vernichtung an. Sein starker Wunsch nach einem ethnisch und kulturell homogenen deutschen Reich entwickelte sich zu einer Wahnvorstellung. Rechtsextreme haben oft ähnliche Wünsche und lehnen daher "Fremdkörper" - ausländische Ethnien - in ihrer Gemeinschaft ab. Solche homogenen Gemeinschaften sind jedoch in der Realität eine Illusion.

Rücktritte von Parteivorsitzenden

Am 3. Oktober veröffentlichten die als künftige Ministerpräsidenten gehandelten Politiker Voigt (Thüringen), Kretschmer (Sachsen) und Woidke (Brandenburg) einen gemeinsamen Artikel in der FAZ. Darin forderten sie die Bundesregierung auf, sich stärker als bisher diplomatisch für die Beendigung des Ukraine-Krieges einzusetzen. Dies entsprach den Forderungen des BSW. Sahra Wagenknecht begrüßte dies ausdrücklich. Die Vorsitzenden bzw. Generalsekretäre von CDU, SPD, Grünen und FDP kritisierten dies als Kapitulation vor den Forderungen des BSW.

Am 29. September traten beide Ko-Vorsitzenden der Grünen aufgrund des Wahlergebnisses zurück. Besonders der Rücktritt der erst 30-jährigen Ricarda Lang wurde bedauert. Als talentierte Politikerin ist ein Comeback durchaus möglich.

Am 5. Oktober trat SPD-Generalsekretär Kevin Kühnert aus gesundheitlichen Gründen zurück. Mit 32 Jahren wurde er Generalsekretär der Regierungspartei und bewältigte seit Ende 2021, also seit Beginn der Scholz-Regierung, drei Jahre lang eine enorme Arbeitsbelastung. In dieser Zeit begann Putins Invasion in der Ukraine, die Beziehungen zu Russland wurden abgebrochen, es gab massive wirtschaftliche und außenpolitische Veränderungen, und er verteidigte den unpopulären Kanzler Scholz energisch. Dies scheint seiner Gesundheit geschadet zu haben.

Derzeit ist in Deutschland die US-Präsidentschaftswahl das Thema von größtem Interesse. Je nach Ergebnis könnte eine gewaltige Welle auf Deutschland zukommen. Sollte "Trump wieder" Realität werden, würden Außenpolitik und Verteidigung als erstes betroffen sein. Die Zahl der ukrainischen Flüchtlinge, derzeit über eine Million, würde wahrscheinlich weiter steigen. Das Ausmaß der Auswirkungen auf die gesamte deutsche Gesellschaft ist kaum abzuschätzen. Der Zeitgeist würde sich dramatisch verdüstern.

Hiroomi Fukuzawa, Berlin, 21. Oktober 2024